Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 10. April 1886. Nr. 169.

Deutschland.

Berlin, 9. April. Ueber das Befinden der erkrankten Kinder des Kronprinzenpaares erfährt man, daß bei der Prinzessin Sophie der Masern-Ausschlag gegenwärtig noch recht stark entwickelt ist und daß derselbe sich auch bei der Prinzessin Margarethe noch weiter verbreitet.

— Im Reichstage verlautete gestern, es sei am Sonnabend, 10. April, die Vertagung des Reichstages bis zum 10. Mai zu erwarten, zu welcher Zeit der Reichstag zur Berathung der Branntweinsteuer-Entwürfe wieder zusammentreten solle; zugleich hieß es auch, die Zuckersteuer habe in der vom Reichstag beschlossenen Gestalt keine Aussicht auf Annahme im Bundesrath, vielmehr sei eine neue Vorlage zu erwarten, und zwar wesentlich in der Richtung des bei der dritten Lesung der Zuckersteuer abgelehnten Antrages Bormann, wonach die Rübensteuer 1,70, die Export-Vergütung bis 1. Oktober 1887 18, von da ab 17,50 Mark betragen sollte. Der Antrag war damals von hervorragenden Freikonservativen und Zentrumsleuten gestellt, unter ersteren befand sich auch Herr Dietze-Barby.

Indessen wurde gestern vom Bundesrathe, auf dessen Tagesordnung die Zuckersteuer stand, noch kein Beschluß gefaßt. Es wäre auch nicht ausgeschlossen, daß es auf Grund des Preußen nach der Verfassung zustehenden Veto's in Steuersachen bei dem bisherigen Zustande sein Bewenden behielte. Auch über Schluß oder Vertagung des Reichstages soll, wie man hört, erst heute entschieden werden. Gestern berieth der Bundesrath auch über das vom Reichstage bekanntlich abgeänderte Gesetz über die Rechtspflege in den Schutzgebieten. So viel man äußerlich vernahm, dürfte keine Ablehnung des Gesetzes zu erwarten sein, doch ist es wahrscheinlich, daß über die Auslegung der Befugnisse des Reichstages und des Bundesrathes eine Erklärung abgegeben werden wird.

— Hinsichtlich der Einzelbestimmungen seines irischen Projektes hatten Gladstone's in der gestrigen Unterhaussitzung abgegebene Erklärungen folgenden Inhalt: Irland solle, wenn in Dublin ein besonderes Parlament errichtet sei, weder im englischen Oberhause noch im Unterhause vertreten sein, außer wenn eventuell materielle Aenderungen des jetzigen Projektes vorgeschlagen werden. Die fiskalische Reichseinheit wird aufrecht erhalten. Das irische Parlament soll aus zwei Klassen von Abgeordneten bestehen. Die erste Klasse soll aus den jetzigen 28 repräsentativen Pairs und aus 75 von der Bevölkerung nach einem neuen Wahlmodus zu wählenden Vertretern bestehen, die zweite Klasse aus 103 nach dem jetzigen Wahlgesetze zu wählenden Vertretern. Beide Klassen sollen zusammen sitzen und berathen, können aber getrennte Abstimmung verlangen. Das irische Parlament hat kein Recht, sich in Fragen betreffend die Prärogative der Krone oder bezüglich der Armee, Flotte, kolonialen und der auswärtigen Angelegenheiten einzumischen, es kann ferner keine besondere Kirche zur Staatskirche machen oder dotiren und hat keine Jurisdiktion in Fragen, welche den Handel, die Schifffahrt, die Münze oder den Notenumlauf betreffen. Die Frage wegen der Postverwaltung wird offen gelassen. Der Vizekönig soll nicht einer bestimmten Partei angehören, er darf Katholik sein. Die Richter werden von der irischen Regierung ernannt; die Polizei bleibt vorläufig unter englischer Kontrolle. Der Beitrag Irlands zu den Reichslasten wird auf $^1/_{15}$ reduzirt. Zu den Kriegskosten trägt Irland nicht bei, eine Kontrolle über die Zölle und Accise steht Irland nicht zu. Die Rede Gladstone's dauerte $3^1/_2$ Stunden. Parnell erklärte, die Bill sei im Allgemeinen befriedigend, bedürfe aber einiger Abänderungen. Die Debatte über die Bill wurde auf heute vertagt.

Die eben skizzirten Erklärungen beziehen sich bekanntlich nur auf die eine Hälfte des Gladstone'schen Projektes: die veränderte Stellung Irlands zum Vereinigten Königreiche, die Umgestaltung der Regierungs- und Verwaltungseinrichtungen. Der die agrarischen Besitzverhältnisse umwälzende Theil des Projektes ist einer späteren Kundgebung vorbehalten.

Was nun die Aufnahme der gestrigen Erklärungen durch die Londoner Presse anbelangt, so urtheilen alle Morgenblätter, mit Ausnahme der „Daily News", sehr ungünstig über Gladstone's Reformvorschläge für Irland; die meisten derselben sind der Ansicht, diese Vorschläge würden Irland in eine Kolonie wie Kanada verwandeln und eine Zerstückelung des Reiches herbeiführen. Die „Times" bezweifelt, ob die englische Nation bereit sei, Irland eine unabhängige politische Existenz zu geben. Das Unterhaus werde voraussichtlich in der zweiten Lesung die Bill ablehnen; sollte dies nicht der Fall sein, so könnte dieselbe doch bei der Einzelberathung nicht durchgebracht werden. „Morningpost", „Daily Telegraph" und „Standard" äußern sich in ähnlichem Sinne; nur „Daily News" billigen den Plan und warnen Tories wie Whigs vor einer einfachen Verwerfung desselben. Wer Gladstone's Plan vernichte, müsse einen besseren schaffen, oder die Verantwortung für di: Folgen übernehmen.

— Die Vorlage betreffend den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei Gerichts-Verhandlungen wurde, da der Justizausschuß die Vorberathung noch nicht beendet hatte, von der Tagesordnung der gestrigen Bundesraths-Sitzung abgesetzt.

Dem Bundesrathe liegt der Antrag vor, über die Ausdehnung der Unfall-Versicherungspflicht auf Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbebetrieben, welche sich auf die Ausführung von Tischler-, Einsetzer-, Schlosser- und Anschläger-Arbeiten bei Bauten erstrecken, Beschluß zu fassen.

— Der deutsch-marokkanische Handelsvertrag ist unterzeichnet worden und bedarf nur noch der Zustimmung des Sultans von Marokko. Der frühere Minister-Resident Dr. Weber, der bekanntlich mit seinem Amtsnachfolger Testa die Verhandlungen auf deutscher Seite führte, hat Tanger bereits verlassen und ist nach Deutschland zurückgereist.

— Eine Entscheidung, die für das Zunftwesen von Wichtigkeit ist, hat das Ober-Verwaltungsgericht in der Streitsache zwischen der Berliner Schuhmacher-Innung und dem Schuhmachermeister Aurin wegen Ausschlusses des Letzteren aus der Innung gefällt. Dieser Ausschluß war erfolgt, weil Aurin sich um Gründung einer zweiten Innung bemüht und dadurch seine Verpflichtungen als Innungsmitglied verletzt haben sollte. Der Beschluß der Innung war auf erhobene Beschwerde hin vom Magistrat aufgehoben, dann aber vom Bezirks-Ausschusse anerkannt worden. In letzter Instanz hat nunmehr das Ober-Verwaltungsgericht die Entscheidung des Bezirks-Ausschusses aufgehoben und den fraglichen Innungs-Beschluß, als dem Innungs-Statut nicht entsprechend, für hinfällig erklärt.

— Vorgestern Abend erhob sich in der westfälischen Kreisordnungs-Kommission ein kleiner Sturm im Glase Wasser. Während in früheren Sitzungen der Kommission den Mitgliedern der ultramontanen und deutschfreisinnigen Partei von der Mehrheit der anderen Fraktionen der Vorwurf gemacht worden war, daß sie durch endlose und aussichtslose Abänderungs-Anträge Verhinderungs-Politik trieben und die Arbeiten der Kommission zu verschleppen suchten, drehten dieselben in der gestrigen Sitzung den Spieß um. Zur Berathung stand in zweiter Lesung der § 28 der Kreisordnung, welcher von der Pensionirung der Amtmänner handelt. Ueber diesen Punkt war bereits bei der ersten Lesung in der Kommission fast einen ganzen Abend in dreistündiger Sitzung verhandelt worden. In der gestrigen Sitzung hatten bereits sechs Redner über denselben gesprochen und unter diesen der ultramontane Freiherr von Schorlemer zweimal und der freisinnige Herr Uhlendorff einmal, als die konservativen und nationalliberalen Mitglieder der Kommission das Ende der Verhandlung beschlossen. Dies schien nach der Auffassung der Herren von Schorlemer, Uhlendorff und Büchtemann, welche noch zum Worte auf's neue gemeldet waren, ein Unrecht zu sein, denn alsbald nach Annahme dieses Schlußantrages erhob sich der erstgenannte Herr und verkündete der erstaunten Kommission, daß er bei einer solchen „Vergewaltigung durch die Mehrheits-Parteien" nicht ferner an der Sitzung theilnehmen könne. Diese That des Herrn von Schorlemer erschien dem Herrn Abg. Uhlendorff so heldenhaft, daß er, getreu der Stellung seiner Partei zum Zentrum und vielleicht auch in der Erinnerung, daß er seine Wahl der Unterstützung des Zentrums verdanke, mit dem Herr von Schorlemer sich solidarisch erklärte. Sprach's und folgte demselben zur Thür hinaus. Die Mehrheit der Kommission beendete nunmehr in Frieden die zweite Lesung des Gesetzes und ertrug den Auszug der Sezession mit demselben Gleichmuth, wie seiner Zeit das Plenum des Abgeordnetenhauses die gleichfalls auf Veranlassung des Herrn von Schorlemer in Szene gesetzte Auswanderung bei der Polen-Verhandlung.

— Die „National-Zeitung" berichtet in Nr. 226 aus einem Artikel der „Magdeburger Zeitung", daß zufolge der Anregung des Abgeordneten Dr. Virchow bei Berathung des Kultusetats sofort sowohl seitens der Regierung wie der hiesigen medizinischen Fakultät und des Reichs-Gesundheitsamtes alles Erforderliche geschehen wird, um die Tollwuth-Behandlung des Herrn Pasteur in Paris auf das sorgfältigste kennen zu lernen, um die bisherigen Ergebnisse auf ihren wissenschaftlichen Werth hin feststellen zu können. In demselben Artikel heißt es: „Es wird als wünschenswerth angesehen, der Herr Kultusminister möge die Herren Koch und Virchow mit einer Mission nach Paris betrauen." Der sachliche Inhalt des Referats entbehrt nach unseren Informationen der Begründung. Es bedurfte wahrlich nicht erst der Anregung des Herrn Dr. Virchow, um die Aufmerksamkeit der betheiligten Behörden des Reichs und Preußens auf die Tollwuthbehandlung Pasteurs zu lenken. Dieselben haben vielmehr, wie der Herr Kultusminister in seiner Entgegnung auf Virchows Rede im Abgeordnetenhause treffend ausgeführt hat, schon weit früher die Angelegenheit gebührend beobachtet. Wie richtig ihre reservirte Haltung ist, wird von Tag zu Tage offenbarer. Wir wollen für heute nur auf die wiederholt in der Tagespresse berichteten Mißerfolge der Tollwuthimpfung sowie darauf hinweisen, daß die Frage für uns durchaus keine erhebliche praktische Bedeutung hat, da Todesfälle von Menschen in Folge des Bisses wüthender Thiere im deutschen Reiche, Dank unserer trefflichen veterinär-polizeilichen Maßnahmen, kaum noch vorkommen. In Oesterreich theilt man übrigens die deutsche Auffassung der neuen Entdeckung und verlangt nicht in das sorgfältig vor den kontrollirenden Augen der Fachmänner gehütete Geheimniß des Erfinders weiter einzudringen, als derselbe freiwillig gestattet.

Ausland.

Prag, 7. April. „Narodni Listy" melden aus Wien, es sei gar keine Aussicht, daß für den Landsturm in Böhmen irgend welche nationale Konzessionen, wie ein czechisches Kommando, czechische Farben oder Abzeichen, zu erhoffen wären, überhaupt nichts von all dem, was die czechischen Blätter einmüthig verlangt haben. In dieser Richtung sei weder ein Versuch gemacht worden, noch werde von den Czechen im Plenum ein diesbezüglicher Antrag gestellt werden. Desgleichen seien die Aussichten auf Erfüllung der czechischen Forderungen bei Erneuerung des Ausgleiches, namentlich betreffs der Bankfrage, höchst traurig, und es sei gut, sich rechtzeitig darauf gefaßt zu machen, daß die Czechen nichts oder beinahe nichts erzielen werden. Nicht besser stehe es mit den übrigen Desiderien der Czechen, insbesondere mit der Wahlreform für Mähren, welche in diesem Jahre gar nicht mehr eingebracht werden soll.

Paris, 7. April. Obgleich der „Temps" heute in Abrede stellt, daß, wie der „Figaro" gemeldet hatte, Jules Ferry den ehemaligen Minister der Posten und Telegraphen Cochery veranlaßt habe, verschiedene Mitglieder der Rechten zu bewegen, bei Gelegenheit der Berathung über Decazeville eine Interpellation einzubringen und dadurch das Kabinet in die größte Verlegenheit zu setzen, so verlautet doch als sicher, daß die Umwandlung der Fragen, welche die Linke an die Regierung zu stellen gedenke, in einer Interpellation, wenn auch nicht von Cochery, so doch von einem andern Opportunisten verlangt werden soll. Kommt es thatsächlich zu einer Interpellation, so läßt sich der Ausgang der Verhandlung noch gar nicht voraussehen, da die Linke, sowie die Rechte und ein Theil der Anhänger Ferrys gegen das Kabinet stimmen werden.

Paris, 8. April. In der gestrigen Versammlung im Saale Favie in Belleville, welche berufen war, um gegen das Vorgehen der Regierung in Decazeville Einspruch zu erheben, waren 3580 Personen erschienen. Rochefort führte den Vorsitz und Duc-Quercy wurde als Ehrenvorsitzender und Kandidat für die nächsten Wahlen ausgerufen. Rochefort eröffnet die Versammlung und sagt, Duc-Quercy und Roche seien verhaftet worden, weil sich die Regierung vor deren Agitation gefürchtet habe. (Ruf: Nieder mit den Radikalen und Opportunisten!) Die Handschellen müsse man Petitjean und Leon Say anlegen, denn diese seien die wahren Schuldigen. Die Regierung sei vollständig in den Händen orleanistischer Finanzleute und sehe stumpfsinnig zu, wie General Borson durch seine Ankündigungen alle Bürger der Gnade der Kriegsgerichte anheimgebe. Er wisse nicht, was mit den wackeren Journalisten geschehen werde, sicher aber sei, daß sie durch andere ersetzt werden würden. Der Stadtrath Perilleux führt aus, die Regierung sei eine Regierung der Geldmacht, sie streiche vor dem Kapital die Segel, daher müsse man sich an die feiernden Arbeiter halten, denn sie seien die Vorhut der sozialen Revolution. Ein Schmied Namens Andrieux mahnt zur Besonnenheit, da sie nicht bewaffnet seien; die Polizeispitzel aber, welche im Saale seien, könnten Freycinet und Lockroy mittheilen, daß es nächstens nicht bei solchen platonischen Einwänden bleiben werde. Man müsse nachhaltigere Mittel ergreifen. In der Provinz habe die Stunde des Sieges geschlagen. Der Gemeinderath Chabert verlangt, daß die Arbeiter das Zwangsmandat, wenn es sein muß, gewaltsam durchsetzen, zu dem Zweck müsse man häufiger Versammlungen veranstalten. Der Journalist Lafarge sagt, die Deputirten seien Spitzbuben und die Verwaltungsräthe der Gesellschaften kosmopolitische Diebe. Das Parlament, diese Auswürfe abgenutzter Kapitalisten, schenke der Arbeiterpartei keinen Glauben, der Einfluß derselben aber sei nicht nur bedeutend in Frankreich, sondern auch im Auslande, besonders in Deutschland, von wo aus die Sozialisten der französischen Arbeiterpartei häufig Adressen zuschickten. Guesde erklärt, die Arbeiterdeputirten hafteten für die Ruhe in Decazeville, es sei aber nöthig, Hülfe dorthin zu senden. Nachdem noch einige Reden gehalten worden, nahm die Versammlung zwei Beschlüsse an; in dem ersten wird Einspruch erhoben gegen die geschehenen Verhaftungen, welche selbst die Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten der bonapartistischen und der Versailler Regierung überstiegen; der Republik wird vorgeworfen, daß sie feig genug wäre, sich zur Magd eines Leon Say, eines Rothschild zu erniedrigen und eine Ehre darin zu suchen, diesen als Deckmantel für ihre unsauberen Geschäfte zu dienen; die Versammlung zähle auf das Gerechtigkeitsgefühl und die Thatkraft der Arbeiterbevölkerung, welche bei nächster Gelegenheit die Rothschild und Leon Say, die Freycinet, Lockroy und andere im Ministerium sitzende Lakaien und Handlanger der Geldmacht ins Mazas-Gefängniß stecken werden. Der zweite Beschluß empfiehlt der in schmählichster Weise herausgeforderten Bevölkerung, den Unterdrückern gegenüber eine verachtende Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren; ferner wird, unter Hervorhebung der Gemeinschaftlichkeit, die zwischen den Arbeitern in Frankreich und denen des Auslandes bestehe, die Opferwilligkeit angerufen, um denjenigen Brod zu schaffen, die so heldenmüthig für die gemeinsamen Rechte kämpfen und deren Sieg zugleich ein solcher für die Sache der gesammten Arbeiterwelt sein werde.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. April. Hat ein Vormund auf Bitten seines Mündels dessen Kapital auf eine über die gesetzlich fixirte Beleihungsgrenze (§ 39 der preußischen Vormundschafts-Ordnung) hinausgehende Hypothek angelegt und ist in Folge eines Ausfalls bei der Subhastation des verpfändeten Grundstücks das Kapital ganz oder theilweise verloren gegangen, so haftet nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Zivilsenats, vom 4. Januar d. J., der Vormund dem Mündel für den Schaden, selbst wenn das Mündel schriftlich allen event. Ansprüchen gegen den Vormund aus der gesetzwidrig hohen Beleihung entsagt hatte, und sowohl der Gegenvormund als auch das Vormund-

schaftsgericht diese Beleihung genehmigt hatten, gleichviel ob die Beleihung zu Gunsten eines nahen Angehörigen des Erblassers und des Mündels oder zu Gunsten eines fernstehenden Grundstückseigenthümers erfolgt war. Hat aber das Mündel nach erlangter Großjährigkeit schriftlich oder mündlich seine frühere schriftliche Entsagung anerkannt, so wird dadurch die Haftpflicht des Vormunds aufgehoben.

— Nächsten Montag findet im Stadttheater das Benefiz des Herrn Cabisius statt und wird er uns zunächst mit seiner herrlichen Leistung als „Zampa" erfreuen, um uns zum würdigen Schluß des interessanten Theaterabends eine ganz besondere Ueberraschung zu bereiten. Als besondere Vergünstigung erhielt Herr Cabisius die Bewilligung zur einmaligen Aufführung des wunderbaren Melodrama's „Das Volkslied"; das prächtige, poesievolle Gedicht Mosenthal's, welches durch eine Serie herrlicher, lebender Bilder, verbunden mit der deutschen Volksliedern entnommenen Deppler'schen Musik auf das sinnigste illustrirt wird. Es ist unmöglich, aus dem harmonisch zusammengefügten Ganzen Einzelnheiten herauszugreifen, aber wir werden uns voll und ganz dem großartigen Genusse hingeben können, welcher den würdigen Abschluß einer würdigen Saison bildet, und es bleibt nur zu wünschen, daß sich das Publikum Herrn Cabisius durch recht zahlreichen Besuch dankbar erweist.

— Trotz der vorgerückten Saison war das Konzert, welches am Donnerstag Abend Herr Direktor Kabisch mit den Schülerinnen seiner „Akademie für Kunstgesang" im großen Saale des Konzerthauses veranstaltet hatte, sehr zahlreich besucht. Es würde uns schwer werden, eine Nummer aus dem interessanten Programm besonders lobend hervorzuheben, da alle Vorträge sich einer ganz vorzüglichen Wiedergabe erfreuten und nicht nur eifriges Studium, sondern auch Freude am Gesange bekundeten. Dem Dirigenten, wie den Sängerinnen stattete das Publikum wiederholten lebhaften Beifall für das Gebotene ab.

— Kapitän G. Ziemke, Führer der „Titania" und ehemals des „Stolp", fährt nunmehr 25 Jahre zwischen Stettin und Kopenhagen und hat auch in dem ganzen Zeitraum die Post zwischen diesen Häfen befördert. Demselben ist aus diesem Anlaß seitens des königl. dänischen General-Postmeisters ein in ehrenden Worten gehaltenes Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben geworden.

— In Kolberg sollen im Interesse des Bades in nächster Zeit wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden, wozu in erster Reihe die Erbauung eines neuen großen Saales mit Gesellschafts- und Lese-Sälen gehört. Die Anregung hierzu geht von dem Stadtältesten A. H. Gese aus, auf dessen Vorschlag schon wiederholt Veränderungen im Interesse des Bades vorgenommen sind. Besonders motivirt werden die vorzunehmenden Verbesserungen durch die Konkurrenz der „Badedörfer" Misdroy und Heringsdorf, welche durch den Bau der Oderuferbahn noch verstärkt werde, gerade in Misdroy und Heringsdorf seien große Kurhäuser vorhanden, während das Strandschloß in Kolberg für die vermehrte Badefrequenz zu klein geworden und eigentlich nur noch eine Restauration sei, auch gewähre dasselbe bei Nordwestwind wenig Schutz. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung ihre Zustimmung zu den vorgeschlagenen Verbesserungen gegeben.

— Dem Geh. Regierungsrath und ordentlichen Professor an der Universität zu Greifswald, Dr. Baumstark, ist der Stern zum königl. Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

= Mehrere anscheinend von der Kontroll-Versammlung heimkehrende Militärpflichtige machten sich Freitag Nachmittag am Bollwerk durch Lärmen und Singen bemerkbar. Gegen den einschreitenden Schutzmann zeigten sich die ziemlich betrunkenen Störenfriede höchst widersetzlich. Der Schutzmann fiel bei dem Versuch, einen derselben zu arretiren, ringend zu Boden und mußte nun leider verschiedene Mißhandlungen und Fußtritte von der Rotte über sich ergehen lassen. Zum Glück erschienen ein Kommissarius mit mehreren Schutzleuten, welche den Bedrängten befreiten. Jetzt gelang es durch gemeinsames energisches Einschreiten, die Exzedenten unter Anwendung der blanken Waffe zu bewältigen. Arretirt wurden unter Anderen die Arbeiter Bischoff aus Herrenwiese und Hellwig aus Frauendorf, welche einer schweren Bestrafung entgegensehen dürften. Der Auflauf, den der Fall verursachte, war ungeheuer und Tausende von Menschen hemmten die Passage. Gerüchtweise verlautete, daß einem Schutzmann in dem Kampfe der Säbel zerbrochen worden sei, dies ist jedoch nicht richtig.

— In zahlreichen Zeitungen befand sich in den letzten Tagen ein Auszug aus der von dem französischen Vize-Admiral verfaßten Studie „Les Torpilles et le Droit des Gens", in welcher geschildert wurde, in welcher Weise Kolberg im Jahre 1870 vor einer Beschießung bewahrt blieb, obwohl ein Theil der französischen Flotte bereits vor dem Bade Aufstellung genommen hatte. In dieser Schrift war gesagt, daß die Generosität des französischen Admirals Bouet Willaumey Kolberg vor einer Beschießung bewahrt habe. Von einem Augenzeugen des geschilderten Vorfalles geht jetzt dem „Pasewalker Anzeiger" ein Bericht zu, welcher die Sachlage ganz entgegengesetzt darstellt. Derselbe schreibt: „Am 19. August 1870, Vormittags gegen 7 Uhr, ging in Kolberg von Swinemünde eine Depesche ein, daß 4 französische Kriegsschiffe dort vorbeipassirt seien und Richtung auf Kolberg genommen hätten. Diese Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt und richtete besonders bei den zahlreichen Badegästen große Verwirrung an. Gegen 11 Uhr Vormittags ging ein fahrplanmäßiger Zug ab. Dieser wurde derart von den nun plötzlich abreisenden Badegästen in Anspruch genommen, daß noch ein starker Extrazug eingelegt werden mußte. Nur wenige Muthige blieben zurück und weilten in aller Gemüthsruhe am Strande, um der Ankunft der signalisirten Schiffe entgegenzusehen. Ich war an diesem Tage in Kolberg auf Strand-Batterie I. Geschützführer eines gezogenen 24-Pfünders (dem jetzigen 12-Zentimeter entsprechend) und kann mich heute noch genau auf alle Einzelheiten des obigen Vorfalles besinnen. Kolberg selbst war stark befestigt. Es waren 1870 außer den älteren Werken und zwar dem „Fort Münde", sowie der Heyden-, Wallenfels-, Gneisenau- und Ziegel-Schanze gleich nach der Kriegserklärung noch 2 Strand-Batterien gebaut, jede mit 2 gezogenen 24-Pfündern und 2 gezogenen 12-Pfündern armirt. Im Ganzen zeigte die Strandarmirung Kolbergs 1870 dem Feinde 32 Geschütze schwersten Kalibers. Bereits bei der Mobilmachung hatte sich ein starker Abzug von Badegästen bemerkbar gemacht, auch war seitens derselben oft die Befürchtung ausgesprochen worden, daß bei einem etwaigen Eintreffen von feindlichen Kriegsschiffen und einem Landungsversuch der mitgeführten Truppen unsere Küstenvertheidigung unzureichend sei, wir auch wohl schwerlich mit unseren Geschützen den Schiffen Schaden zuzufügen im Stande seien, während diese eine arge Verwüstung anrichten könnten. Um dieser Befürchtung entgegenzutreten, hatte der damalige Kommandant von Kolberg, Generalmajor de la Chevallerie, bereits Schießübungen nach schwimmenden Scheiben und nach einem alten hierzu angekauften Schiffe angeordnet. Zahlreiches Publikum hatte sich zu diesem Schauspiel angefunden. Die Scheiben und das Schiff waren der gerade etwas unruhigen See zum Spiel überlassen. Das Schießen begann und bereits der zweite Schuß traf die Scheibe. Nach ca. 10 bis 12 Schuß hatte das Schiff ein bedeutendes Leck und sank allmählich. Jetzt war alles beruhigt. Man hatte die Wirkung unserer Geschütze gesehen. Es war ein herrlicher Tag, der 19. August 1870. Die Sonne schien warm und klar, die See war ruhig. Wer nicht gerade zu furchtsam war, hatte sich am Strande angefunden, selbst die Damenwelt war vertreten. Auf dem „Fort Münde" hatten der Kommandant und viele andere Offiziere zur Beobachtung sich aufgestellt. Wir standen an unseren Geschützen, die Friktionsschlagrohre und das Abzugsschnur in der Hand zum Abfeuern fertig. Die vier feindlichen Schiffe dampften heran und legten sich in einer Entfernung von 4000 bis 5000 Schritt auf spiegelglatter See ruhig vor Anker. (Die Tragfähigkeit unserer Geschütze betrug 7500 Schritt) Jeder von uns hätte zu gerne seinen eisernen Gruß den Schiffen entgegengesandt. Nur ein Wink des Kommandanten und über 30 Feuerschlünde hätten wahrlich ihr Ziel nicht verfehlt. Doch es blieb Alles ruhig. Ich kann nur versichern, daß die gesammte Besatzung der Festung die Ueberzeugung hegte, daß die Schiffe, falls es zum Bombardement kam, nach kurzer Dauer kampfunfähig gemacht worden wären. Wenngleich ja auch die Münde in Gefahr lag, unter den Granaten des Feindes zu leiden, so waren die Schiffe doch zu weit von der Stadt entfernt, als daß die Geschosse dieselbe noch erreichen konnten. Also nicht „die übel angebrachte Generosität" des französischen Admirals Bouet Willaumey hat Kolberg 1870 vor einer Beschießung bewahrt, sondern nur die sehr starke, dem Feinde so deutlich sichtbare Befestigung und die Furcht vor unserer bewährten preußischen Artillerie. Der französische Admiral ist sich wohl bewußt gewesen, daß er bei einem Kampfe mit unserer Küsten-Vertheidigung sicherlich den Kürzeren gezogen hätte."

— Landgericht. — Strafkammer 3. — Sitzung vom 9. April. — In einem Hause der Fischerstraße wohnte im November v. J. der Schuhmacher Alb. Radloff in wilder Ehe mit der verehel. Karoline Erdmann, geb. Heintz. Letztere unterhielt einen „Privat-Mittagstisch", bei welchem junge Leute schon für 30 Pf. ein ganz vorzügliches Mittagessen erhielten; die Hauptsache dabei waren sehr große Fleischportionen und zwar erhielten die Kostgänger fast täglich Hammelfleisch oder Kalbfleisch. Die „Frau Radloff" schien äußerst freigiebige Verwandte zu besitzen, denn die Fleischsendungen zu ihr wurden in regelmäßigen Lieferungen fortgesetzt und sie mußte wiederholt das Fleisch zum Verkauf ausbieten, da sie es allein nicht zu verwenden wußte. Dem billigen Mittagstisch wurde jedoch bald von Seiten der Polizei ein Ende gemacht, da sich herausstellte, daß die Sache mit dem Fleisch nicht ganz „koscher" sei. Zu jener Zeit wurden wiederholt die Wagen der nach dem Stettiner Markt fahrenden Schlächter auf der Altdammer Chaussee von diebischen Händen untersucht und Fleisch — meist Hammel- und Kalbfleisch — entwendet. Es wurde nun festgestellt, daß das Hauptquartier für die gestohlenen Sachen in der Radloff'schen Wohnung zu suchen sei und eine daselbst vorgenommene Haussuchung bestätigte dies, denn man fand daselbst noch gegen 20 Pfund Hammelfleisch, außerdem auch Butter und andere aus Diebstählen herrührende Gegenstände. Durch weitere Recherchen gelang es auch, einen der Diebe in der Person des Tischlers Bruno Miscewicz festzunehmen, während sein bei den Diebstählen betheiligter Kumpan, ein Fleischergeselle, bisher nicht ermittelt ist. Miecewicz, Radloff und die Erdmann hatten sich heute zu verantworten und zwar wurde dem M. zur Last gelegt, eine Reihe von Diebstählen von Marktwagen auf der Landstraße, sodann einen Diebstahl von einer Kiste Kaffeesurrogat und einer Kiste Rosinen bei den Kaufleuten Lange u. Richter und einer Flasche Cognac bei einem Gastwirth in Rosengarten ausgeführt zu haben. Da er sich dem Kriminal-Kommissarius gegenüber, der seine Verhaftung vornahm, einen falschen Vornamen beilegte, war auch deshalb Anklage erhoben. Radloff und die Erdmann waren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei angeklagt, letztere außerdem auch wegen Kuppelei, da sie ihre Wohnung einer lüderlichen Dirne stundenweise überlassen hatte. Alle drei Angeklagte leugneten, doch wurden sie durch die Beweisaufnahme überführt und Miscewicz zu 2 Jahren Zuchthaus, 2 Jahren Ehrverlust und 14 Tagen Haft, Radloff zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, die Erdmann zu 1 Jahr 1 Woche Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Bei allen drei Angeklagten wurde auch Zulässigkeit von Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Die verehel. Zimmermann Emilie Schönwaldt, geb. Kickbusch, traf wegen Kuppelei eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen und den Schmied Paul Schaup wegen Beleidigung und Gefangenenbefreiung eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volksthümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. (Parquet 1 Mark 2c.) „Ein Tropfen Gift." Schauspiel in 4 Akten.

Sonntag: Stadttheater: (Letzte Sonntags-Vorstellung.) „Don Juan." Große Oper in 4 Akten. — Bellevuetheater: „Die Geier-Wally."

Vermischte Nachrichten.

— Aus der sächsischen Oberlausitz, 7. April, wird geschrieben: Ein 50jähriges Nachtwächter-Jubiläum gehört wohl an und für sich zu den Seltenheiten, wenn aber dem Jubilar, wie das in Großschönau dem 77jährigen Nachtwächter Zeidler jetzt widerfahren ist, am Jubeltage eine Votivtafel vom Gemeindevorstand überreicht und von seinen Freunden, welche Mitglieder der Ressource sind, ein Morgenständchen gebracht ist, so verdient dieser Vorgang wohl über das Weichbild Großschönaus hinaus verbreitet zu werden.

— Prinz und Prinzessin Wilhelm sind am Donnerstag Nachmittag mit genauer Noth einer schweren Gefahr entgangen. Das prinzliche Ehepaar hatte im offenen Wagen das Generalstabs-Gebäude besucht und dasselbe gegen 2 Uhr durch den Eingang in der Herwarthstraße verlassen Im Thürflur hängt eine große Ampel mit einer Glasglocke von nahezu einem Meter Durchmesser. An dieser Ampel blieb der Kutscher, als er gerade unter der Ampel mit der Peitsche schnalzte, mit der Schnur derselben hängen. Um die Peitsche wieder loszubekommen, ruckte der Kutscher kräftig an, damit wurde zwar die Peitsche frei, aber auch die Röhre der Ampel brach und diese stürzte mit starkem Krachen — unmittelbar hinter dem offenen Wagen zur Erde nieder. Um eines Haares Breite wäre die Ampel den hohen Herrschaften auf die Köpfe gefallen. Der Prinz fuhr zwar rasch von dannen, schickte aber gleich darauf seinen Adjutanten in das Generalstabs-Gebäude, um Erkundigungen über den Vorfall einziehen zu lassen.

— (Hochzeitsmarkt.) Ein merkwürdiges Kulturbild bietet der sogenannte „Hochzeitsmarkt" bei den in den westlichen Karpathen wohnenden Rumänen. Jährlich einmal, am Fest der Apostel und Petrus Paulus, wird auf dem Kamm der Gaina (Karpathen), 5000—6000 Fuß über der Meeresfläche, ein Markt abgehalten, auf dem die heirathsfähigen Mädchen der ganzen Gegend sich versammeln, um von den Burschen gefreit zu werden. Die Vorbereitung für diesen Tag dauert bei den Mädchen jahrelang, da sie auch ihre Mitgift mitnehmen müssen. Es wird somit unaufhörlich gesponnen, gewebt, genäht und gestickt; die Mutter, die Tante, die Großmutter und andere Frauen der Freundschaft legen jede aus ihrer eigenen Mitgift bei; dann wird alles in zierlich geschnitzte oder mit Blumen bemalte Truhen verpackt und auf die schönsten Pferde der Familie geladen. Auch wählt man den schöneren Theil des Viehstandes, Bienenstöcke und anderes aus, theils zur Mitgift des Mädchens, theils zur Schaustellung. Oben auf der Gaina stellt jede Familie, die ein Mädchen zu vergeben hat, ihr eigenes Zelt auf, in dem die Mitgift ausgestellt wird, und die Brautschauer von den Vornehmsten der Familie erwartet werden. Die Burschen kommen auch, von ihren Familien oder womöglich von vornehmen Gönnern begleitet, bringen das Beste, was sie haben, besonders einen schönen Gurt von Silber und Gold mit, und nachdem sie sich eine Braut ausgewählt haben, findet die öffentliche Verlobung vor dem an der Gaina lebenden Einsiedler statt. Als Zeichen der Verlobung werden nicht Ringe, sondern gestickte Schnupftücher ausgetauscht. Es kommt beinahe gar nicht vor, daß ein Mädchen auf diesem Markt mit ihrer Mitgift erschiene und nicht den ersehnten Bräutigam finden sollte; denn der ganze Markt ist eigentlich nichts weiter als ein allgemeines Stelldichein für solche Paare, deren Heirath schon beschlossen wurde, und geht das Mädchen auf den Markt, so weiß es schon, daß es dort erwartet wird. Diejenigen Mädchen, die keinen Bräutigam haben, nehmen gewöhnlich ihre Mitgift nicht mit, haben kein Zelt und kommen überhaupt als Zuschauerinnen auf den Markt.

— (Das gelöste Welträthsel.) Ein amüsanter Zwischenfall ereignete sich — wie man dem „H. C." schreibt — im Berliner Schauspielhause während der jüngsten Aufführung des Brachvogelschen „Narziß". Unter lautloser Spannung richtet — 4. Akt — Kahle-Narziß die Fragen über die End-Probleme aller Philosophie an die Pagode. Er fragt nach dem Wiedersehen im Jenseits, nach Gott und Unsterblichkeit, nach der Vergeltung unserer Thaten. Da — die Frage muß wohl ähnlich im Katechismus stehen — schallt vom hohen Olymp herab eine Knabenstimme mit einem schüchternen, doch kräftigen „Ja!". Um die andachtsvolle Stimmung war es natürlich für die nächsten Minuten geschehen.

— (Gesalzene Rechnungen.) Vor dem Richter erscheint Oberst Maxwell-Heron, Besitzer hoher Orden, als Vertreter seiner Frau gegen die erste Schneiderin Londons, Madame Mercier. Mrs. Maxwell-Heron hat für Toiletten, die sie seit eineinhalb Jahren anfertigen ließ, eine Rechnung von 168,000 Mark bekommen. Der Oberst ist kaum im Stande, seine von Zorn zitternde Stimme hörbar zu machen, während er die Rechnung liest. Da heißt es: „Ein weißes Atlaskleid — 6000 Mark, ein saphirblaues Hofkleid — 3600 Mark, für ein Sommerkleid (Battist) — 1600 Mark, ein blaues Satinkleid — 1000 Mark, ein schwarzes Gazirkleid 1800 Mark." Der Oberst fährt fort: „Jetzt kommen die Kleinigkeiten: Für die Umänderung eines Kleides — Facon, 400 Mark, Zugehör 300 Mark 2c." Die Schneiderin geberdet sich gleich einer beleidigten Fürstin. Sie sagt: „Ich mache keine Kleider, ich schaffe Kunstwerke, ich kann aus meinen Büchern den Beweis liefern, daß jede Toilette nach dem Entwurf eines Malers gearbeitet wird und daß ich selbst für jede Skizze 1000 M. zahle!" Der Oberst ruft: „Wenn das wahr ist, dann soll den Maler, Sie selbst und Ihre Kundinnen der T . . . . . holen!" Der Richter, Mr. Crump ersucht den erbitterten Krieger, sich zu fassen, und wahrlich, diese Mahnung kam zu rechter Zeit, denn der Gatte wird verurtheilt, die Rechnung der Schneiderin voll zu zahlen. Bedauernd meint der Richter: „Wer in einem derartigen Geschäfte seine Einkäufe besorgt, muß auch seiner Eitelkeit horrende Opfer bringen."

— (Protest gegen einen Don Juan.) In der Oper zu Madrid sollte neulich Mozarts „Don Juan" mit dem Bariton Sylvio in der Titelrolle zur Aufführung gelangen; da lief an die Direktion folgender, über 300 Unterschriften tragender Protest ein: „Wir Unterzeichnete, Mitglieder der besten Gesellschaft, durchweg anständige Damen, erklären hiermit, daß der 65jährige, kleine häßliche Sylvio ein unglaubwürdiger, ja unmöglicher „Don Juan" ist, den sich Zuschauerinnen mit einem halbwegs guten Opernglase nicht gefallen lassen können. Mag Sylvio den „Rigoletto", den „Amonasro" und ähnliche Rollen geben — aber einen solchen „Don Juan" lassen wir Spanierinnen uns nicht bieten." Die Madrider Operndirektion sucht jetzt für ihre anspruchsvollen Theaterbesucherinnen einen „Don Juan" in den besten Jahren und von angenehmem Aeußeren.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. April. Die Meldung eines Münchener Blattes, daß hier in letzter Zeit Cholerafälle vorgekommen seien, wird von maßgebender Seite für vollständig unwahr erklärt.

Wien, 9. April. Kronprinz Rudolf besucht heute Mostar, die Hauptstadt der Herzegowina, glänzende Empfangsvorbereitungen wurden getroffen, eine bosnische Ehrenkompagnie ist zum Empfang erschienen.

Wegen der gestrigen Szenen im Abgeordnetenhause soll der Jungczeche Gregr den Abgeordneten Knotz zum Duell gefordert haben.

Paris, 9. April. Nach hier eingegangenen Mittheilungen ist der Unterpräfekt des Isere-Departements, Latourdupin, welcher sich nach Lacombe begeben hatte, um dort eine Kapelle eines Privatbesitzes schließen zu lassen, mit Steinwürfen und Revolverschüssen empfangen worden, es kam zu einem Zusammenstoß, wobei drei Gendarmen verwundet und eine Frau getödtet wurden.

Paris, 9. April. Die Annahme der Anleihe wurde nur durch das persönliche Eingreifen Freycinets erreicht. 120 Republikaner, meistens Opportunisten, stimmten trotzdem dagegen oder enthielten sich der Abstimmung. Die Regierung rechnet auf zehnmalige Ueberzeichnung der Anleihe.

Das hiesige auswärtige Amt soll Depeschen aus Athen erhalten haben, wonach die Friedenspolitik in Griechenland an Boden gewinnt und die Befürchtung kriegerischer Verwickelungen schwindet.

Rom, 8. April. Mehrere Abendblätter behaupten, das Kabinet habe demissionirt, das Journal „Stampa" aber will wissen, der Ministerrath habe noch keine Entscheidung getroffen, es werde heute Abend nochmals eine Sitzung des Ministerraths stattfinden.

Washington, 8. April. Die Kammer der Repräsentanten lehnte den von Bland eingebrachten Antrag betreffend die freie Silber-Ausprägung mit 161 gegen 126 Stimmen ab.